



Deutschland 2022...kein Sommermärchen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun ist alles noch viel schlimmer gekommen als in meinen vergangenen Kolumnen prognostiziert. Nachdem sich in 2021 die Europäische Union und Deutschland nach überstandener geglaubter Corona-Pandemie einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung erfreuen konnten, ist das **Wirtschaftswachstum 2022** wegen des Ukrainekriegs und der Energiekrise massiv eingebrochen. Nach einer aktuellen Prognose der EU-Kommission wird sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2022 in der EU auf 2,7 % halbieren, für Deutschland wird nur noch ein Wirtschaftswachstum von 1,4 % in diesem und 1,3 % im nächsten Jahr erwartet. **Damit wird Deutschland zur Wachstumsbremse in Europa.**

Das hat mehrere Gründe: Als ausgesprochener Industriestandort ist Deutschland von der aktuellen **Energiekrise** in besonderer Weise betroffen. Wenn es demnächst zu einem vollständigen Ausfall der Gaslieferungen aus Russland kommt, muss sowieso noch einmal völlig neu gerechnet werden. Weil die deutsche Wirtschaft in hohem Maße exportabhängig ist, leidet sie besonders unter dem **Corona-bedingten Wegbrechen ausländischer Märkte** (gravierend ist insbesondere der Wirtschaftseinbruch in China aufgrund der dort praktizierten Corona-Politik) und den nach wie vor bestehenden **Störungen internationaler Lieferketten**. Es hat in der deutschen Industrie noch nie ein so großes Volumen an (wegen fehlender Vorlieferungen) unerledigten Aufträgen gegeben wie derzeit.

Hinzu kommt ein währungspolitisches Phänomen: Am 12. Juli 2022 ist es passiert. Erstmals seit gut 20 Jahren war der Euro nur noch so viel wert wie der US-Dollar, **die Euro-Dollar-Parität war auf 1:1 gefallen**. Das hat mit der Politik der Notenbanken (Fed, EZB) zu tun. Während die Fed definitiv angekündigt hat, wegen der US-Inflationsrate kürzlich den Basiszins um 75 Punkte zu erhöhen, zögert die EZB noch, Ende Juli die Leitzinsen um mickrige 25 Basispunkte anzuheben. Was ist die Folge? **Das internationale Kapital folgt dem Zins, der Dollar wertet zu Lasten des Euro immer stärker auf**. Das wiederum bedeutet für die deutsche Wirtschaft, dass die Importe immer teurer werden und die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen.

Diese ganzen Probleme wirken sich sehr wohl im Portemonnaie und Depot (falls vorhanden) des einzelnen Bundesbürgers aus. Es gehört zum politischen Konsens, dass die derzeit ausufernde Inflation aufgrund der Energiekrise und der steigenden Lebensmittelpreise in erster Linie den sozial schwächeren Bevölkerungsteil trifft. Aber auch die Vermögenden sind nicht ungeschoren davongekommen. Infolge der Kursverluste an den Börsen hat es in Deutschland im ersten Quartal 2022 zum ersten Mal seit zwei Jahren einen **Rückgang des Geldvermögens** gegenüber dem Vorquartal gegeben, und zwar in der Größenordnung von 36 Milliarden Euro.

Ich habe bereits in einer früheren Kolumne dargelegt, dass der größte Profiteur der von der EZB seit Jahren verfolgten Null-Zins-Politik der Staat ist, die Haushalte der Länder, insbesondere aber der des Bundes. Hier ist nun ein ebenso interessantes wie bedauerliches Phänomen zu beobachten. Während jeder kluge oder gut beratene Bauherr in den vergangenen Jahren seine niedrigen Bauzinsen hat für möglichst viele Jahre festschreiben lassen, hat der damalige Finanzminister und heutige Bundeskanzler Olaf Scholz das versäumt. Im Gegenteil, er hat **die durchschnittliche Laufzeit der Bundeskredite kurzfristig sogar noch verringert auf im**

Meschede, Juli/August 2022

Schnitt 6 Jahre Ende 2021. Das ist ein Skandal! Andere Länder waren klüger und haben den Niedrigzins genutzt, um Schulden zu strecken. Z. B. liegt Großbritannien heute bei über 14 Jahren Restlaufzeit. Das Problem hat jetzt der heutige Finanzminister Christian Lindner, der auslaufende günstige Anleihen durch deutlich höher verzinsten ersetzen muss.

Die EU-Kommission erwartet für Deutschland dieses Jahr eine **Inflationsrate von 7,9 %**. Und es sind nicht der Ukrainekrieg und nicht die drohende Klimakrise, die die Menschen in Deutschland am meisten bewegt, sondern es ist nach demoskopischen Umfragen an erster Stelle die Inflation, deren Ursachen im Vorstehenden bereits benannt worden sind. Es gibt über die in aller Munde befindliche Frage ausbleibender russischer Gaslieferungen hinaus noch ein weiteres Problem mit Inflationssteigerungspotenzial, das bisher noch nicht im Fokus der Betrachtung steht. Das sind die **gewerblichen Erzeugerpreise**, die im Mai in Deutschland um 34 % gestiegen sind. Das ist der bei Weitem höchste Wert seit Gründung der Bundesrepublik. Sollte die statistische Gesetzmäßigkeit der Vergangenheit weiter gelten, würde die Inflation bei den Erzeugerpreisen mit einer Verzögerung von etwa drei Monaten zu einem Drittel in die Konsumgüterpreise eingehen. Da kann also noch einiges auf uns zukommen.

Die Beschäftigung mit der Inflation führt (wieder einmal, ich kann es nicht ändern) zur **Rolle der EZB**. Ein Blick in die Vergangenheit: Sie können sich erinnern, dass meine allererste Kolumne von November/Dezember 2011 die Frage zum Inhalt hatte „Ist der Euro noch zu retten?“. Damals ging es um die Überschuldung Griechenlands, die sich zu einer Vertrauenskrise für den Euro insgesamt auswuchs. Dann kam Mario Draghi mit seiner berühmten Rede vom 26.07.2012 „**What ever it takes**“, und die Märkte beruhigten sich. In der Folgezeit pumpte die EZB viele Milliarden Euro in den Kauf von Staatsanleihen, die Renditen in den hoch verschuldeten Peripherieländern gingen wieder nach unten. International litten die Sparer jahrelang unter der so induzierten Null-Zins-Politik.

Heute droht eine **neue Euro-Krise** (Hinweis auf den oben beschriebenen Verfall des Außenwerts des Euro), aber im Gegensatz zu damals ist die Situation grundiert durch die Problematik der aktuellen Inflation. In der Vergangenheit hat die EZB ihre gesetzliche Verpflichtung zur Wahrung der Geldwertstabilität erkennbar dem Bemühen untergeordnet, eine Finanzierungskrise der hoch verschuldeten Südländer und ihrer Banken zu vermeiden. Nun denkt sie darüber nach, einen Austausch der Staatspapiere der Nordländer gegen solche der südlichen Staaten vorzunehmen, um eine **„Fragmentierung“ der Zinsen und Finanzierungsbedingungen in der Währungsunion** zu verhindern. Wenn das so umgesetzt wird, ist für die Bekämpfung der Inflation wenig gewonnen.

Es grüßt Sie Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage www.dr-rieden.de